Stand: 12.09.2026 12:27:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18558

"Kein "Weiter so" ohne Plan und Ziel: Jetzt soziale Zukunftspolitik für Bayern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18558 vom 26.10.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18638 vom 27.10.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 27.10.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.10.2021 **Drucksache** 18/**18558**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Kein „Weiter so“ ohne Plan und Ziel: Jetzt soziale Zukunftspolitik für Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Am 5. November 2018 trat der Bayerische Landtag zu seiner ersten Plenarsitzung der 18. Wahlperiode zusammen. Am selben Tag unterzeichneten die aktuellen Regierungsparteien den Koalitionsvertrag. Seitdem haben CSU und FREIE WÄHLER für eine Vielzahl an politischen Skandalen gesorgt, sich in der Öffentlichkeit gestritten und sehen sich mit dem Vorwurf von Amigo-Wirtschaft konfrontiert. Gleichzeitig hat es die Staatsregierung unter Söder und Aiwanger versäumt, in wichtigen Politikfeldern Weichenstellungen für die Zukunft der Menschen im Freistaat und zur Wahrung der sozialen Balance vorzunehmen.

So kommen Energiewende und Klimaschutz kaum voran, in der Bildungspolitik passiert viel zu wenig für echte Bildungsgerechtigkeit und gute Schule, und auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Bayern stockt.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, jetzt die Weichen für eine zukunftsgerichtete und soziale Politik in Bayern zu stellen:

– Im Bereich der Energiepolitik soll sie ihre fortschriftsfeindliche Verbotspolitik und den Windkraftstopp 10H endlich aufgeben. Zugleich muss sie jetzt auch alle anderen bürokratische Hemmnisse für den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien in allen betroffenen Bereichen umgehend abbauen. Es braucht eine Offensive für den Ausbau vor allem der Windkraft und der Geothermie.

– In der Verkehrspolitik soll die Staatsregierung einen Masterplan für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs (insbesondere im ländlichen Raum) und einen beschleunigten bayernweiten Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, ein Konzept für einen einheitlichen bayerischen Nahverkehrstarif und die flächendeckende Einführung des 365-Euro-Tickets vorlegen.

– In der Bildungspolitik soll so schnell wie möglich ein Konzept vorgelegt werden, das die Förderung von Schülerinnen und Schülern in den Mittelpunkt stellt, einen guten Ganztag sicherstellt, eine längere gemeinsame Schulzeit ab der Einschulung ermöglicht, private Nachhilfe weitgehend unnötig macht und die dafür notwendigen Lehrerinnen- und Lehrerstellen schafft.

– In der Wohnungspolitik sollen alle staatlichen und kommunalen bebaubaren Flächen für öffentlichen Wohnungsbau gesichert und ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt werden, das endlich den Anforderungen an bezahlbaren Wohnraum im Frei-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

staat genügt und die Pläne einer möglichen künftigen Bundesregierung zur Schaffung von bundesweit 400 000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100 000 öffentlich geförderte Wohnungen, mit eigenen Maßnahmen und Mitteln unterstützt.

Begründung:

Inwieweit in Bayern politische Projekte wie ein sozial gerechter Klimaschutz, Bildungsgerechtigkeit sowie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums gelingen, ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Mehrheit der Menschen in Bayern, die Zukunftsfähigkeit des Freistaates und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Leider hat es die Staatsregierung in den ersten drei Jahren ihrer Amtszeit versäumt, hier die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen. CSU und FREIE WÄHLER haben sich auf PR-Politik konzentriert, untereinander gestritten und verschiedene Mitglieder dieser Parteien haben ihren eigenen Profit auf Kosten der Allgemeinheit gemehrt.

Ein eklatantes Beispiel für das Versagen bei wichtigen Zukunftsaufgaben ist der Windkraftstopp in Bayern – dabei sind sich Expertinnen und Experten einig: Ohne einen kraftvollen Ausbau der Windenergie in Bayern scheitert die Energiewende, und ohne die Energiewende scheitert der Klimaschutz. Außerdem treibt das Ausbremsen der günstigsten erneuerbaren Energie durch eine rückschrittliche und engstirnige Verbotspolitik die Energiekosten für die Menschen in die Höhe. Es braucht daher endlich eine Ausbauoffensive. Deutlich größerer Anstrengungen bedarf es auch in der Verkehrspolitik. Gerade der ländliche Raum ist vielerorts oft abgehängt, das Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse noch immer weit entfernt.

Auch im Bildungsbereich verweigert sich die Staatsregierung der Realität: Lehrerinnen- und Lehrerverbände wie der Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) e. V. beklagen schon seit Langem ein „Schönreden und Schönrechnen“ des Mangels an qualifiziertem Personal, auch zu Beginn des neuen Schuljahres 2021/2022. An manchen Schulen in Bayern seien bis zu 50 Prozent nicht voll ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer tätig, die zwar in akuten Notsituationen aushelfen, aber kein professionelles pädagogisches Personal ersetzen könnten. Dieses aber ist eine zwingende Voraussetzung, um guten, verlässlichen und möglichst individuell angepassten Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern zu gewährleisten, echte Chancengleichheit voranzubringen und damit für mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern zu sorgen.

Dringender Handlungsbedarf besteht auch im Bereich Bauen und Wohnen. So ist bspw. der Bestand an Wohnungen mit Sozialbindung im Freistaat seit 2007 um etwa 25 Prozent geschrumpft. Mit ihrer Untätigkeit auf diesem und anderen Politikfeldern produziert die Staatsregierung soziale Schieflagen, die sich noch weiter verschärfen dürften, sollte sie hier nicht zügig gegensteuern. Der Landtag fordert die Staatsregierung deshalb auf, ihre Anstrengungen in allen genannten Bereichen deutlich zu verstärken.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.10.2021 **Drucksache** 18/**18638**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**18558**

Kein „Weiter so“ ohne Plan und Ziel: Jetzt soziale Zukunftspolitik für Bayern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Florian von Brunn
Abg. Uli Henkel
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Alexander König
Abg. Arif Taşdelen
Abg. Kerstin Celina
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Matthias Fischbach

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)
Kein "Weiter so" ohne Plan und Ziel: Jetzt soziale Zukunftspolitik für Bayern!
(Drs. 18/18558)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Florian von Brunn das Wort. Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Am 5. November jährt sich der Abschluss des Koalitionsvertrags der konservativen Koalition hier in Bayern zum dritten Mal. Wenn man auf diese Zeit ohne CSU- und FREIE-WÄHLER-Brille zurückschaut, bleibt wenig an Glanz und Gloria übrig. Stattdessen großspurige Ankündigungen und Auftritte, Selbstdarstellung und Selbstbeschäftigung, Anmaßung und Amigo-Skandale, Kanzlerträume und Koalitionskonflikte. Die Bürgerinnen und Bürger wollen aber etwas anderes. Sie wollen eine tatkräftige Regierung mit Kompass und klaren Zielen, die die wichtigen Zukunftsfragen in Angriff nimmt und deren Mitglieder nicht untereinander streiten wie die Kesselflicker.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in Bayern haben ein Recht auf eine echte Führung, auf eine soziale Politik für eine gute Zukunft in Bayern, die Klimaschutz und wirtschaftlichen Wohlstand zusammenbringt und uns in Bayern beim Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zurückfallen lässt.

Sie dagegen bleiben deutlich hinter den Erwartungen und den Erfordernissen zurück. Das zeigt zum Beispiel die Tatsache, dass von den 3,5 Milliarden Euro der sogenann-

ten Hightech Agenda gerade einmal 45 Millionen Euro in Klimaschutztechnologien, Klimaschutzforschung und entsprechende Unternehmensgründungen fließen. Das ist viel zu wenig.

Ihre Verbotspolitik bei der Windkraft ist das beste Beispiel für fehlenden Mut und Rückwärtsgewandtheit. Da nützt es auch nichts, wenn Sie immer wieder aufs Neue Windräder im Wald ankündigen, die dann doch nicht gebaut werden. Herr Aiwanger hat diese von Markus Söder schon 2019 angekündigten, aber nie gebauten Windräder jetzt noch rhetorisch verzehnfacht. Das ist luftleere Ankündigungspolitik at its best – oder, um es mit den Worten mit Erwin Huber auszudrücken, Sie erzeugen zwar sehr viel heiße Luft, aber diese kann man nicht zur Energiegewinnung nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Was wir brauchen, ist das Gegenteil: eine massive Ausbauoffensive bei Windkraft und Geothermie in Bayern. Nur so schaffen wir den Klimaschutz, und nur so bleiben die Energiepreise für die hart arbeitenden Menschen hier im Land bezahlbar.

(Beifall bei der SPD)

Auch zur Frage der Mobilität der Zukunft und zu zukünftigen Arbeitsplätzen in der Autoindustrie findet sich bei Ihnen viel zu wenig. Das zeigt Ihr sogenannter Automobilfonds, Ende 2020 mit 120 Millionen Euro großspurig angekündigt. Bisher wurde nur ein Bruchteil ausgegeben, nämlich 300.000 Euro für eine Veranstaltungsreihe. PR und Ankündigungspolitik – Substanz ist bei Ihnen Fehlanzeige.

Auch beim öffentlichen Verkehr stehen wir unter Söder und Aiwanger grottenschlecht da, vor allem auf dem Land. Nach einer aktuellen Studie der Allianz pro Schiene sind sieben bayerische Landkreise unter den zehn am schlechtesten mit öffentlichem Verkehr ausgestatteten Landkreisen in ganz Deutschland. Und die Flop Five – nicht die Top Five – liegen alle in Nordostbayern.

Ihre schlimme Vernachlässigung des ländlichen Raumes gab es schon beim Breitbandausbau. Infrastruktur für die Zukunft ist bei Ihnen nicht in guten Händen. Dabei ist glasklar, was wir brauchen: einen kraftvollen Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch auf dem Land, einen massiv beschleunigten Ausbau der E-Lade-Infrastruktur in Bayern und vernünftige Tarife im öffentlichen Verkehr.

(Beifall bei der SPD)

Sebastian Kurz war ja lange Freund und Vorbild von Herrn Söder. Sie könnten sich also statt bei Öffentlichkeitsarbeit mit Staatsmitteln, wie der FREIE-WÄHLER-Vizepräsident Alexander Hold auf Twitter kritisiert hat, lieber in der Verkehrspolitik ein gutes Beispiel an Österreich nehmen. Dort ist jetzt ein günstiges Klimaticket für alle eingeführt worden. So etwas wollen wir auch in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Die Ressource der Zukunft und die Voraussetzung für den Erfolg unserer Kinder ist gute Bildung. Seit Beginn der Corona-Pandemie ist aber fast keine Woche vergangen, in der wir hier nicht über die Defizite Ihrer Schulpolitik diskutieren mussten. Dies ist für unsere bayerischen Ansprüche zu wenig. Wir wollen eine entschlossene Politik für gute Schule und mehr Bildungsgerechtigkeit, mit Top-Unterricht, sodass Nachhilfe der Ausnahmefall ist, weil die Kinder und Jugendlichen so gut gefördert werden.

(Beifall bei der SPD)

Dies erfordert aber auch mehr qualifizierte Lehrkräfte und nicht das Schönfärben der Statistik mit Sollstellen und Seiteneinsteigern.

Besonders wichtig für die hart arbeitenden Menschen in Bayern ist bezahlbarer Wohnraum. Zwar werden inzwischen mehr Wohnungen gebaut, aber die meisten davon sind für den Großteil der Bevölkerung, für Normalverdiener, vor allem in den Ballungsräumen, nicht erschwinglich. Wir wollen mehr öffentlichen Wohnungsbau, als Sie ge-

backen bekommen. In Bayern muss es viel mehr geförderte öffentliche Wohnungen geben.

(Beifall bei der SPD)

Nach drei verlorenen Jahren ist klar: Diese Regierung ist ausgelaugt, sie ist zerstritten, und sie hat keinen Plan für eine gute Zukunft für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Im Bund erleben wir gerade das Gegenteil: Die Menschen freuen sich auf den Aufbruch mit der Ampelkoalition und auf Olaf Scholz. Wir verhandeln in Berlin gerade den Koalitionsvertrag für eine gute Zukunft in Deutschland zusammen mit GRÜNEN und FDP. Das wollen wir gemeinsam anpacken. Wir wollen Fortschritt und Innovation umsetzen. Es wird höchste Zeit, dass auch im Freistaat endlich eine Politik für Fortschritt, Klimaschutz und Wohlstand, für gute Bildung und ein bezahlbares Leben auch in Zukunft gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Nächster Redner ist der Kollege Alexander König.

Uli Henkel (AfD): Hallo? Meldung? Wortmeldung?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Moment. Ich sehe gerade: Es ist verspätet angezeigt. Herr Abgeordneter Henkel, Sie haben das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Uli Henkel (AfD): Herr von Brunn, als ich Ihren Antrag gelesen habe, kam mir gleich der Gedanke an "von Brunns Resterampe"; denn mit diesem Antrag grasen Sie ein Sammelsurium an Forderungen ab, die hier in den letzten drei Jahren von der SPD-Fraktion gestellt worden sind und mit denen Sie im Plenum nicht durchdringen konnten. Ich möchte zwei Dinge erwähnen.

Zum einem ist klar, dass wir für die Beibehaltung der 10-H-Regel sind. Das muss ich nicht erwähnen. Aber eine Frage möchte ich Ihnen zum anderen schon stellen: Sie wollen, wie Sie schreiben, endlich bezahlbaren Wohnraum in Bayern schaffen. Wie vereinbaren Sie diesen Wunsch mit Ihren Forderungen, die stets auf weitere Auflagen beim Bau gerichtet sind? Alle Ihre Auflagen verteuern den Bau, egal ob es Dachbegrünung, Solarpflicht, Fahrradkeller oder behindertengerechte Wohnungen in jeder Etage sind. Ich frage Sie, Herr von Brunn: Bezahlbarer Wohnraum entsteht doch gerade nicht durch das Aufdoppeln oder Aufpeppen von Anforderungen und Auflagen, sondern durch das Abspecken. Wollen Sie nicht auch diesen Bereich mal ein bisschen miteinbeziehen, damit Wohnen wieder billiger und günstiger werden kann?

Florian von Brunn (SPD): Es ist bemerkenswert, dass Sie hier den Eindruck erwecken, als ob Sie im Bayerischen Landtag jemals konstruktive Politik gemacht hätten. Bei der AfD ist leider das Gegenteil der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Dafür haben Sie bei den Bundestagswahlen eine Quittung bekommen.

(Zuruf)

Das Einzige, was von Ihnen kommt, sind Hetze und Spaltung.

(Zuruf)

Aber ich kann Ihnen sagen, dass wir in vielen Kommunen regieren und dort erfolgreiche Politik machen und Wohnungen bauen

(Zuruf)

und dass wir – vielleicht fehlt Ihnen da ein bisschen die Denkweise, die Fantasie –,

(Zuruf)

bezahlbaren Wohnraum schaffen. Das können Sie sich bei den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, zum Beispiel bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften in München, anschauen. Wir schaffen es sogar, inklusive behindertengerechte Wohnungen zu bauen und Fahrradständer vor die Tür zu stellen. All das geht, wenn man es will. Aber ich verstehe, dass die AfD nicht so weit denken kann.

(Zuruf)

Aber das ist Ihr Problem, nicht meines.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr von Brunn. – Der nächste Redner ist der Kollege Alexander König von der CSU-Fraktion. Herr König, bitte schön.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Dringlichkeitsantrag, der die Überschrift trägt "Jetzt soziale Zukunftspolitik für Bayern!", wirft die SPD-Fraktion der Regierungskoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN Versäumnisse und Versagen vor. – Das ist der "Von-Brunn-Sprech", an den wir uns hier im Parlament jetzt langsam gewöhnen müssen.

(Zuruf)

Es geht Ihnen erkennbar – das hat auch Ihre Rede deutlich gemacht, Herr von Brunn – nicht darum, hier im Parlament eine sachliche Auseinandersetzung zu sachlichen Themen zu führen. Es geht Ihnen offensichtlich auch nicht darum, hier um die besten Lösungen zu ringen,

(Zuruf)

sondern es geht Ihnen erkennbar darum, laut zu sein, aufzufallen und Kapriolen aufzuführen, um vielleicht irgendwo wahrgenommen zu werden und in einer Überschrift vorzukommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Kolleginnen und Kollegen, die Bürgerinnen und Bürger werden diesen neuen Politikstil der SPD-Landtagsfraktion, für den der neue Vorsitzende der Landtagsfraktion mit seinem Namen steht, meiner Überzeugung nach sehr schnell durchschauen und im Ergebnis ablehnen.

(Zuruf)

Aus meiner Sicht ist es geradezu unparlamentarisch, im Rahmen eines Dringlichkeitsantrags vier Politikbereiche kursorisch abzuhandeln und pauschal zu sagen: Da habt ihr versagt, da habt ihr Versäumnisse. – Warum ist es unparlamentarisch? – Weil es den nachfolgenden Rednern im Rahmen ihrer Redezeit von in der Regel im Durchschnitt nur fünf Minuten schlichtweg nicht annähernd möglich ist, auf diese Politikbereiche – vier große Politikbereiche – auch nur ein bisschen tiefgehend einzugehen.

(Zuruf)

Ich bitte Sie wirklich, für die Zukunft zu überdenken, ob diese Art von Dringlichkeitsanträgen Sinn macht, ob ihr in diesem Haus weiter so verfahren wollt, ob das sachdienlich ist und ob das Bayern voranbringt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen, ich will mir trotzdem Mühe geben, in den fünf Minuten zumindest kursorisch kurz auf die Politikbereiche, die Sie hier angesprochen haben, einzugehen. Zur Energiepolitik im Allgemeinen und zu 10 H im Besonderen brauche ich hier jetzt nichts zu sagen, weil es dazu noch einen wesentlich differenzierteren und tiefer gehenden Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt. Wir werden zu dem Thema also noch kommen.

Zur Verkehrspolitik und zu den Themen, die Sie hier angesprochen haben: Wir fördern erkennbar die Verkehrsverbünde in Bayern. Wir, die CSU und die FREIEN WÄHLER, führen das 365-Euro-Ticket ein.

(Zuruf)

Davon profitieren im Ergebnis 60 % der Einwohnerinnen und Einwohner Bayerns. Wir geben dafür 50 Millionen Euro Landesmittel aus. Es wird an Ihnen in Ihrer neuen Koalition auf Bundesebene liegen, ob Sie bereit sein werden, uns dabei in Zukunft finanziell zu unterstützen, also den Ausbau dieses 365-Euro-Tickets voranzubringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was die Ladeinfrastruktur angeht, gibt es die Ihnen hoffentlich auch bekannten Förderprogramme des Bundes, aber auch des Landes. Das Förderprogramm des Landes ist für öffentliche E-Ladeeinrichtungen. Nach meiner Kenntnis sind die Staatsregierung und das Wirtschaftsministerium dabei, ein weiteres Förderprogramm aufzulegen für entsprechende nicht öffentliche Ladeeinrichtungen.

Zum Thema Bildungspolitik: Die individuelle Förderung unserer Schülerinnen und Schüler, die Sie hier einfordern, ist seit Jahrzehnten die "DNA" unserer Bildungspolitik. Wir setzen seit Jahrzehnten auf ein differenziertes Schulsystem. Wir setzen darauf, die Talente der einzelnen Schülerinnen und Schüler in diesem differenzierten, durchlässigen Schulsystem bestmöglich zu fördern.

Was die Ganztagsschule angeht, sollten Sie eigentlich wissen, dass wir die Ganztagsschulangebote in Bayern seit Jahren maßgeblich ausbauen und dafür maßgeblich Geld ausgeben und mittlerweile einen Ausbauzustand erreicht haben, der wie folgt zu beschreiben ist: An 80 % unserer allgemeinbildenden Schulen, von den Grundschulen bis hin zur Sekundarstufe I, haben wir heute in Bayern Ganztagsangebote. Wir machen das nicht auf dem sozialistischen Weg – "alles für alle gleich" –, sondern wir machen das entsprechend der Nachfrage. Die Nachfrage bei den Bürgerinnen und Bür-

gern, bei den Kindern und bei den Familien, nach Ganztagsschulangeboten nimmt zu. Wir bauen dementsprechend seit Jahren sukzessive erfolgreich aus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich habe es schon gesagt: Wir lehnen die Einheitsschule ab. Wir setzen weiterhin auf das differenzierte Schulsystem.

Immer wieder kommt die Frage nach der Anzahl der Lehrerstellen auf. Wir haben seit 2008 18.600 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Im laufenden Haushaltsjahr nehmen die Lehrerstellen um 1.350 Stellen zu. Darüber hinaus stellen wir im laufenden Haushaltsjahr 175 weitere Stellen für Verwaltungskräfte an den Schulen zur Verfügung. Wir tun also als CSU und als FREIE WÄHLER Jahr für Jahr wirklich alles, um die Lehrerstellen zu mehren. Ich sage Ihnen dazu: Uns ist auch bewusst, dass wir gleichwohl gewisse Mängel nicht verleugnen können. Wir sollten uns hier die Struktur anschauen und uns Gedanken darüber machen, wie wir des Problems Herr werden, und zwar auch deshalb, weil der Mangel nicht in der Anzahl der Lehrerstellen besteht, sondern nicht zuletzt daher kommt, dass wir eine mittlerweile ausufernde Inanspruchnahme der Möglichkeit der Teilzeitarbeit haben und dadurch von den einzelnen Lehrern auf den Lehrerstellen nur eine sehr begrenzte Anzahl von Einzelstunden gegeben wird. Damit sollten wir uns einmal inhaltlich und fachlich auseinandersetzen und miteinander überlegen, was man hier tun kann.

Die Wohnungspolitik ist der dritte Politikbereich, den Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag angesprochen haben. Sie wissen, dass wir 2018 die BayernHeim gegründet haben.

(Zuruf)

Wir haben seitdem mit der BayernHeim immerhin 756 Wohnungen auf den Weg gebracht. 17 weitere Projekte mit rund 2.700 weiteren neuen Wohnungen sind bei der BayernHeim in der Projektierungsphase. Wir haben beim Siedlungswerk Nürnberg 450 Wohnungen im Bau, bei der Stadibau GmbH rund 1.000 Wohnungen.Wir fördern

den Studentenwohnheimbau mit 35 Millionen Euro. Allein der Freistaat Bayern gibt über 160 Millionen Euro für die Städtebauförderung aus. Und so weiter und so fort.

Wir sind in all den von Ihnen pauschal als negativ genannten Politikfeldern aktiv und gestaltend unterwegs. Die CSU und die FREIEN WÄHLER gestalten Zukunft. Wir kümmern uns um die Probleme, die vorhanden sind, und versuchen, sie bestmöglich zu lösen. Sie beschränken sich darauf, hier zu meckern, zu wehklagen und anzuklagen. Herr von Brunn, was Sie hier machen, ist keine konstruktive Oppositionspolitik, sondern eher erbärmlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr König, bleiben Sie am Rednerpult. Herr Kollege Arif Taşdelen von der SPD-Fraktion hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Kollege König, bei Ihrer Aufzählung haben Sie die 33.000 GBW-Wohnungen vergessen, die Sie verscherbelt haben. Fakt ist, dass knapp über 10 % der Auszubildenden und Studierenden aktuell in Bayern einen Heimplatz haben. Auch das ist ein Armutszeugnis, das Sie sich ins Heft schreiben können.

Sie haben Ihre Rede mit einem Angriff auf unseren Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn begonnen, und Sie haben Ihre Rede auch damit beendet. Ich glaube, das ist zu billig und inzwischen ausgelutscht. Sobald die SPD Sachpolitik betreiben will, versuchen Sie, das mit persönlichen Angriffen gegen unseren Fraktionsvorsitzenden zu parieren. Das können Sie sich langsam wirklich sparen.

Ich komme zum Schluss. Herr Kollege, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie uns vorwerfen, dass wir wichtige Themen hier im Parlament öffentlich diskutieren?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Taşdelen, Ihre Redezeit.

Arif Taşdelen (SPD): Trauen Sie den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern, nicht zu, die Themen, die hier diskutiert werden, zu verstehen?

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr König, bitte.

Alexander König (CSU): Herr Taşdelen, ich habe Ihnen vorgeworfen, dass Sie das Instrument des Dringlichkeitsantrags für allgemeine politische Angriffe ohne Substanz missbrauchen.

(Beifall bei der CSU)

Dafür steht Ihr Fraktionsvorsitzender. Er hat auch zu diesem Antrag gesprochen. Das erklärt sich von selbst.

Sie haben gerade selbst alte Kamellen angesprochen. Die GBW-Wohnungen sind wirklich alte Kamellen. Wie man heute über eine solche Frage entscheiden würde, das sei dahingestellt. Das ist hypothetisch. Seinerzeit wurde aber so entschieden. Das sind wirklich alte Kamellen. Wir müssen jetzt die Zukunft bestmöglich gestalten. Das tun die CSU und die FREIEN WÄHLER. Ihnen scheint dazu nichts anderes einzufallen, als pauschal Kritik zu üben. Damit springen Sie auf die Dauer zu kurz. Das werden die Bürgerinnen und Bürger nicht goutieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun Frau Kollegin Kerstin Celina von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Kollegin Celina, Sie haben das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Die CSU fühlt sich wieder einmal zu Unrecht angegriffen, aber das war zu erwarten. Liebe CSUler, die SPD hat inhaltlich in allen

Punkten recht. Bei all den im Antrag genannten Themenfeldern hat die Staatsregierung nichts Vorzeigbares hingekriegt. Das war eine Pleite auf der gesamten Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU spricht ja immer vom angeblichen bayerischen Paradies. Sie sieht aber nicht, dass die Lebensrealität für viele Menschen in ganz Bayern eine andere ist. Eine der größten Ängste, die die Menschen umtreibt, ist die Angst, sich ihre Wohnung nicht mehr leisten zu können. Diese Angst ist real. Die Zahl der Haushalte, die Wohngeld beziehen, stieg innerhalb eines einzigen Jahres von knapp 40.000 auf 55.000 an. Das ist ein Zuwachs von fast 40 %. Die Höhe der Mietzuschüsse ist ebenfalls enorm gestiegen, von durchschnittlich 155 auf 180 Euro. Da müssen doch auch bei Ihnen die Alarmglocken angehen. Selbst Ihr eigener Ministerpräsident Seehofer hat heute festgestellt, dass sich die Union nicht um sozialpolitische Themen wie Miete, Renten und Familien gekümmert und deswegen die Wahl verloren hat.

Für viele ist die Wohnungssuche nach wie vor ein chancenloses Dauer-Casting. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, davor verschließen Sie und auch die Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER nach wie vor die Augen. Sie haben hier in den vergangenen drei Jahren keinen einzigen Punkt setzen können. Die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist eine der drängendsten Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit. Wohnen ist keine Ware, sondern ein Recht und essenziell für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Grund und Boden sind aber inzwischen zum Spekulationsobjekt und zum Kostentreiber geworden. Explodierende Bodenpreise schlagen auf die Immobilienpreise und die Mieten durch. Gegen steigende Mieten kann der Freistaat seine eigenen Liegenschaften nutzen. Aber genau das passiert eben nicht. Betreiben Sie endlich eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik, und blockieren Sie nicht länger eine sinnvolle Ausgestaltung der Grundsteuer C!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die staatliche Wohnraumförderung im Freistaat geht an den Menschen, die dringend eine Wohnung suchen, vorbei. Sie zielen aber immer noch auf eine Wirtschaftsförderung mit sozialer Zwischennutzung ab. Deshalb fallen jährlich mehr dieser Wohnungen aus der Bindung heraus, als neue hinzukommen. Wir brauchen aber jährlich 10.000 neue Sozialwohnungen. Sie gehen hier nach wie vor den falschen Weg. Erhöhen Sie endlich die Bindungsfrist für geförderten sozialen Mietwohnungsbau! Machen Sie sich endlich auf den richtigen Weg!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gestehen Sie sich endlich die Folge Ihrer verfehlten Wohnungsbaupolitik ehrlich ein: Seit Jahren können wir einen Anstieg der Wohnungslosigkeit beobachten. Die Wohnungslosigkeit ist weit verbreitet, aber oftmals auf den ersten Blick nicht sichtbar; denn wohnungslos ist nicht nur, wer auf der Straße lebt, sondern jede Person, die keinen Mietvertrag hat und deshalb irgendwo und irgendwie unterschlüpft. Davon sind in Bayern vor allem junge Menschen und Frauen betroffen, die sich dadurch in eine riskante Abhängigkeit begeben müssen. Ein Drittel der Wohnungslosen ist jünger als 25 Jahre. Darunter sind viele sogenannte Careleaver. Hier müssten und könnten Sie handeln. Aber Sie lassen die Forderung von uns GRÜNEN, endlich eine Wohnungslosenhilfe speziell für junge Erwachsene auf den Weg zu bringen, an sich abprallen.

Ein Zahlenbeispiel zum Schluss: Seit fünf Jahren, also seit 2016, haben Sie im Rahmen des bayerischen Sofortprogramms, der sogenannten Säule 1 des Wohnungspaktes Bayern, gerade einmal 2.650 Menschen mit zusätzlich geschaffenem Wohnraum versorgt. Darunter befinden sich knapp 2.000 anerkannte Flüchtlinge. Wissen Sie eigentlich, wie viele anerkannte Flüchtlinge im März dieses Jahres in Gemeinschaftsunterkünften leben mussten, weil sie sich keine Wohnung leisten konnten? – 16.300. In fünf Jahren haben Sie es geschafft, über die Säule 1 des Wohnungspaktes Bayern 2.650 Menschen in Wohnungen zu bringen. Da sehen Sie doch, welche Aufgaben Sie vor sich haben, weil Sie in den letzten Jahren so wenig geschafft haben!

Ähnlich sieht es mit der zweiten und der dritten Säule des Wohnungspaktes Bayern aus. Sie haben in Bayern eine Menge Geld irgendwo im Wohnungsbau versenkt. Für die bedürftigen Menschen ist es dabei geblieben, dass die Angst vor dem Verlust ihrer Wohnung eine der größten Ängste ist, die sie haben. Das ist eine gigantische Pleite der Staatsregierung. Der Stillstand der Bundesebene mit CDU und CSU fand in Bayern in den letzten Jahren sein Begleitkonzert mit dieser zerstrittenen Landesregierung. So geht es nicht weiter. Kommen Sie endlich in die Puschen! Machen Sie Ihre Arbeit! – Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Sandro Kirchner von der CSU hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Sandro Kirchner (CSU): Frau Kollegin Celina, Sie haben gerade angesprochen, dass die Wohnungsnot auch darin begründet ist, dass die Grundstücke zu einem Spekulationsobjekt geworden sind. Wir stellen gerade in der Stadt München, wo die GRÜNEN mit in der Verantwortung sind, fest, dass kaum Flächen zur Verfügung stehen, um neuen Wohnraum zu generieren. Der Freistaat Bayern fördert Wohnraum mit Geld. Dieses Geld kann aber nur abgerufen werden, wenn Wohnraum entstehen kann, also Flächen zur Verfügung stehen. Der langen Rede kurzer Sinn: Was tun denn die GRÜNEN in München, wo die Wohnungsnot am größten ist und die Preise am höchsten sind, damit Wohnraum entstehen kann?

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Kollege, wenn Sie möchten, dass staatliche Förderpolitik bei den Kommunen ankommt und die Kommunen das zur Verfügung gestellte Geld nutzen können, dann müssen Sie die Förderbedingungen entsprechend gestalten. Ich habe die bayerische Liegenschaftspolitik und die Säulen der Wohnungsförderung genannt. Daran sehen Sie, dass der Freistaat, der hier im Plenum vertreten ist

und mit dem wir diskutieren, nicht in die Puschen kommt und seine Aufgaben nicht erfüllt. Daher hat die SPD in diesem Punkt wie auch mit ihren anderen Punkten recht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist nun Herr Kollege Dr. Fabian Mehring von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man gewöhnt sich ja – so sagt es wenigstens ein Sprichwort – nahezu an alles. So haben wir uns im Verlauf der letzten Wochen auch an das neue Agieren der SPD-Landtagsfraktion gewöhnt, die sich, ganz offenkundig berauscht von ihrer bundespolitischen Wiederauferstehung, Woche für Woche im Bayerischen Landtag hinter ihrem Chef-Besserwisser – hinter dir, lieber Florian von Brunn – versammelt, um uns oberlehrerhaft auf, wie ich finde, durchaus unangenehme Weise die politische Welt zu erklären. Aber Kollege Arif Taşdelen, keine Sorge! Wir ertragen das in großer Gelassenheit. Wir ertragen das in großer Würde. Es gibt für uns nur eine Grenze, auf die ich auch heute wieder hinweisen will. Sie ist dann erreicht, wenn der schmale Grat zwischen dem Oberlehrer von Brunn auf der einen und dem Verleumder von Brunn auf der anderen Seite verrutscht; das ist auch heute wieder passiert. Das ist inakzeptabel, und ich werde gegen Ende meiner Ausführungen noch einmal darauf zu sprechen kommen.

Zunächst aber inhaltlich zur Sache. Mir geht es hier wie dem Kollegen König; ich will mich auf die inhaltlichen Anwürfe derjenigen Politikfelder, für die wir FREIEN WÄHLER Verantwortung tragen – Energie- und Bildungspolitik –, beschränken, in Ermangelung von ausreichend Redezeit, um diesen breiten Anti-Regierungserklärungsaufschlag abarbeiten zu können.

Zur Energiepolitik: Herr von Brunn, Sie tragen drei Argumente vor, wenn man das einmal abzuschichten bereit ist. Sie fordern uns auf, eine Initiative zugunsten der Geothermie auf den Weg zu bringen. Sie kritisieren Bürokratie, und Sie sprechen sich ein-

mal mehr gegen die 10-H-Regelung aus. – Ihr Plädoyer für die Geothermie eignet sich am allerbesten dafür, den Grad des Realitätsverlustes Ihrer Anwürfe zu illustrieren; denn gerade bei der Geothermie hat die Bundesnetzagentur festgestellt, dass wir hier in Bayern den bundesweiten Spitzenplatz belegen und diesen sogar noch einmal im ersten Quartal dieses Jahres ausgebaut haben. Nicht anders verhält es sich im Übrigen bei der Biomasse. Nicht anders verhält es sich beim Wasserstoff. Nicht anders verhält es sich bei der Photovoltaik. Wir liefern also, und was Sie mäkeln und kritisieren, entbehrt jeder fachlichen Grundlage.

Darüber hinaus kritisieren Sie, Herr von Brunn, die Bürokratie. – Da stehen wir ganz eng an Ihrer Seite. Auch wir kritisieren Bürokratie, die uns im Bereich des Zubaus von erneuerbaren Energien aufhält. Allerdings entsteht diese Bürokratie nicht in München, sondern in Berlin. Dort regieren nun einmal nicht wir, sondern Sie.

Sie sprechen sich dann einmal mehr gegen die 10-H-Regelung aus. Hierzu ist beim nächsten Dringlichkeitsantrag einiges zu sagen; für diesen Moment genügt es, darauf hinzuweisen, dass wir uns in einer Koalition befinden, die notwendigerweise unterschiedliche Positionen unter einen Hut zu bringen hat. Wenn Sie dann die Ampel zu Ende verhandelt haben, können wir einmal Ihren Koalitionsvertrag miteinander durchgehen. Sie werden dann erkennen, vor welcher Herausforderung wir stehen. Mit anderen Worten: Von dem, was Sie mit großen Tönen ankündigen – hier machen Sie die große PR, nicht wir –, bleibt am Ende des Tages für die Energiepolitik nichts mehr übrig, wenn man das abschichtet und inhaltlich behandelt.

Nicht anders verhält es sich mit Ihren Anwürfen im Hinblick auf die bayerische Bildungspolitik. FREIE WÄHLER und CSU schaffen gemeinsam in dieser Legislaturperiode 5.000 neue Lehrerstellen, 1.000 neue Studienplätze für Grundschullehrerinnen und -lehrer und 50.000 digitale Klassenzimmer. Wir bringen die Alltagskompetenz an die Schulen. Wir sind in nahezu jeder einschlägigen Erhebung unter den deutschen Bundesländern federführend. Mit anderen Worten: Wenn die Bildungspolitik überall

dort, wo die SPD regiert, so aufgestellt wäre, wie sie dies in Bayern ist, wo FREIE WÄHLER und CSU regieren, dann hätte dieses Land einige Probleme weniger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dies in der Sache, Herr Kollege von Brunn. Jetzt zu dem, was mich in der Tat ärgert; ich hatte eingangs darauf hingewiesen: Mir ist es wichtig, Sie schon auch darauf anzusprechen, wie Sie sich in der Begründung von Oberlehrermanier zu der Verleumdung versteigen, wenn Sie formulieren: "CSU und FREIE WÄHLER" – so beginnt der Satz – und dann konkludieren: "[…] verschiedene Mitglieder dieser Parteien haben ihren eigenen Profit auf Kosten der Allgemeinheit gemehrt."

Herr Kollege von Brunn, mir persönlich ist kein einziges Mitglied meiner Partei bekannt, das jemals auch nur eine Sekunde im Verdacht gestanden wäre, persönlichen Profit im Verlauf der Corona-Krise durch irgendeine Art von politischer Entscheidung gemehrt zu haben. Vermeintliche Fehler einzelner, die auch in anderen Parteien schon ausgeräumt sind, dafür herzunehmen, um politische Geschäftemacherei zu betreiben und damit politische Stimmung zu erzeugen – auch gegen politische Gruppierungen, die damit nachweislich gar nichts am Hut haben –, in der Hoffnung, bei den Menschen draußen bliebe irgendetwas hängen, entbehrt nicht nur jeder fachlichen und inhaltlichen Grundlage, sondern ist insbesondere ein Bärendienst an der Demokratie.

Ich fordere Sie deshalb dazu auf, mindestens diesen Satz aus Ihrer Antragsbegründung zu streichen. Im Übrigen ist Ihr Antrag genau die PR, die Sie uns vorwerfen: ohne inhaltliches Argument, ein weiteres Gemäkel, ein weiteres Kritisieren, das in der Sache nicht haltbar ist. Deshalb ist Ihr Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der Kollege Florian von Brunn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr von Brunn, bitte.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Mehring, ich muss ganz ehrlich sagen: Was Herr König und Sie hier bieten, ist eigentlich eher das Problematische, weil es zum einen einfach an Information und Kenntnis bei Ihnen fehlt, gerade, wenn es um die Energiewende geht; denn Geothermie hat auch damit zu tun, dass hier in Bayern die Alpen stehen und in anderen Regionen Deutschlands nicht. Ihr eigenes Wirtschaftsministerium sagt, 30 % des Wärmebedarfs in Bayern könnten durch Erdwärme erzeugt werden. Ich weiß nicht, bei wie viel Prozent wir sind, aber von 30 % sind wir weit entfernt. Seit drei Jahren geht es hier nicht richtig voran. An dieser Stelle würde ich nicht so große Töne spucken.

Zum anderen werden wir im Untersuchungsausschuss die Frage der Amigo-Geschäfte klären. Hier hat Ihr stellvertretender Ministerpräsident manchem Unternehmen in seinem eigenen Stimmkreis – in Anführungszeichen – geholfen. Das werden wir uns sicherlich ganz genau anschauen. Es gab ja auch andere Vorfälle, über die wir jetzt nicht detaillierter reden, bei denen die Justiz auch gegen Mitglieder der FREIEN WÄHLER ermittelt. All das wird sich aufklären. Der Untersuchungsausschuss wird das aufdecken. Dann können wir gerne noch einmal darüber reden. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Leute draußen, die Menschen fanden es nicht gut, dass sich hier einige Leute die Taschen gefüllt haben, während wir gegen die Pandemie gekämpft haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr von Brunn, Ihre Redezeit geht zu Ende. – Herr Dr. Mehring, bitte schön.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege von Brunn, zunächst zum ersten Teil Ihrer Wortmeldung: Ich halte es, aus der Wissenschaft kommend, in aller Regel mit Fakten und deshalb weniger mit dem, was Sie parlamentsöffentlich zum Besten geben, als vielmehr mit dem, was die Bundesnetzagentur zum Ausdruck bringt. Ich meine, es zeugt von Ihrer Unkenntnis des Sachverhalts, wenn die Bundesnetzagentur uns auf einem Politikfeld zum bundesweit führenden

Sieger erklärt und Sie anschließend in einem parlamentarischen Antrag schreiben, es gäbe ein Totalversagen der Bayerischen Staatsregierung auf diesem Feld. Hier müssen Sie sich Gedanken machen und weniger ich mir, der sich auf Faktenbasis informiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum zweiten Teil Ihrer Ausführungen; hier bringen Sie meinen Puls wieder etwas nach oben, Herr Kollege von Brunn:

(Zuruf)

Wir könnten uns gerne miteinander darauf verständigen, dass wir einen Untersuchungsausschuss, den ja auch wir FREIEN WÄHLER entsprechend unterstützen, auf den Weg bringen, dann eruieren, wie der Sachverhalt liegt, und uns anschließend bewertend darüber unterhalten. Es geht aber ganz ausdrücklich nicht, ist ein parlamentarischer Affront und ehrlicherweise eine bodenlose Frechheit, in einen parlamentarischen Antrag zu schreiben, es hätte sich jemand in meiner Regierungsfraktion mit irgendetwas persönlich bereichert, bevor diese Untersuchung überhaupt begonnen hat. Nicht einmal die Staatsanwaltschaft denkt überhaupt darüber nach, – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das in einen Parlamentsantrag eines demokratischen Parlaments zu schreiben, ist unterirdisch und im Stil –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): – unwürdig im Hinblick auf das, was es fortsetzt, nämlich Ihre Art, Politik zu machen; darauf hat Herr König bereits hingewiesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu der Zwischenbemerkung von Herrn Taşdelen könnte man folgendes Sprichwort verwenden: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. – Das charakterisiert, wie auch Herr König gesagt hat, Ihre Rede hier im Parlament. Ihr heutiges Thema "Jetzt soziale Zukunftspolitik für Bayern!" könnte man mit folgendem Nachsatz unterstreichen: auf Kosten der Bürger. Was Sie hier ständig fordern, zahlt im Endeffekt der Bürger.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD sind für einen marktwirtschaftlichen Anreiz für die Zukunftsgestaltung. Doch nun zu dem Sammelsurium – Kollege König hat es ein bisschen anders formuliert –, das Ihr heutiger Dringlichkeitsantrag beinhaltet:

Zur Bildungspolitik: Noch gibt es keinen Bildungsnotstand in Bayern, wenngleich auch Herr König Lücken und Probleme zugegeben hat. Es hieß, ein Schönreden und Schönrechnen seitens der Staatsregierung müsse beendet und Fehler müssten eingestanden werden. – Fehler hat Kollege König angedeutet. Sie sagen, gerade nach der Corona-Krise gelte es, bei Schülern sichtbare Defizite zu beheben, Investitionen in Bildung müssten Priorität haben und Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit wieder in den Vordergrund gerückt werden. – Aber auch Ideologie an den Schulen hat aus unserer Sicht dort nichts verloren.

Zur Wohnungsbaupolitik: Frau Celina, Sie haben hier erwähnt, dass 16.300 Asylbewerber noch in Sammelunterkünften wohnten.Wissen Sie, welch sozialer Sprengstoff auf die Kommunen zukommen würde, wenn diese Asylbewerber aus den Sammelunterkünften herauskommen und auf den Wohnungsmarkt bei den Kommunen drängen

und sagen würden: So, jetzt bringt uns in Sozialwohnungen unter? – Das würde eine wahnsinnige Auseinandersetzung bedeuten.

(Beifall bei der AfD)

Wir sind gegen die sozialistischen Eingriffe des Staates in den Wohnungsmarkt, gegen die Mietpreisbremse im Mietrecht, gegen Mietendeckel. Wir haben all das zuletzt auch im Bauausschuss diskutiert. Wir wollen stattdessen eine Förderung von Investitionen und finanzielle Anreize auf dem Wohnungsmarkt.

Sie werfen uns immer vor, wir hätten da keine Themen oder Punkte eingebracht. Wir haben sehr wohl zehn Anträge – man kann sie alle nachlesen – zum freien Wohnungsbau, zum geförderten Sozialwohnungsbau, zu Entbürokratisierung usw. gestellt; uns liegt auch die Einkommensorientierte Förderung – EOF – sehr am Herzen.

Ich muss mich mit meiner Rede wegen der Redezeit beeilen. Sie haben das Windkraftthema angesprochen. Sie schreiben, ohne Ausbau der Windenergie scheitere die Energiewende. – Wir sagen Ihnen: Daran scheitert sie mitnichten. Der Ausbau der Windkraft ist nicht zielführend, um die Energieprobleme der nächsten Jahre in den Griff zu bekommen. Es kommt auf die Grundlastfähigkeit und die Speichermöglichkeiten an. Wir fordern Technologieoffenheit. Hierzu gibt es einen Artikel mit sieben Thesen zum Neuanfang, der heute im "Münchner Merkur" erschienen ist.

Die Ampelkoalition in Berlin hat neuerdings Gas als Grundlastträger entdeckt. – Sie müssen aber mal überlegen, ob wir in Bayern genügend Gasspeicher und die nötigen Gasleitungen haben, um so etwas überhaupt bewerkstelligen zu können.

Macron sagte gestern, dass die Kernkraft die Sicherung der CO_2-Reduzierung bedeute. – Ich bin gespannt, wie Sie unsere nächsten Anträge in dieser Sache – wir werden den Finger immer wieder in die Wunde legen – beurteilen werden.

Als Letztes zur Verkehrspolitik: Wir sehen einen Gleichklang von Individualverkehr und ÖPNV als nötig an. Wir haben einen Dringlichkeitsantrag zur Erhöhung der Pendler-

pauschale auf 40 Cent je Kilometer eingereicht, dem Sie jederzeit zustimmen könnten; er soll die Bürgerabzocke beenden und den Bürgern Geld zurückgeben.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Fischbach von der FDP-Fraktion. Herr Kollege Fischbach, bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, man kann über diesen Dringlichkeitsantrag und dessen Stil durchaus streiten. Wir werden – das schon mal vorab – auch nicht zustimmen. Man muss allerdings schon sagen, dass er mit dieser Frontalkritik schon eine gewisse Stimmung in der Bevölkerung wiedergibt.

In der jüngsten Umfrage zur Landtagswahl vom Institut INSA kommen die beiden Fraktionen, die die Regierung stellen, nur noch auf 40 %. Eine deutliche Mehrheit steht also nicht mehr hinter der Regierung. Dafür gibt es verschiedene Erklärungen. Hierzu muss man die FREIEN WÄHLER nicht in die Amigo-Ecke schieben, sie haben aber durchaus ein Personalproblem. Als Beispiele: ein Krisenkultusminister – mit "Krise" ist nicht nur "Corona" gemeint; ein Wirtschaftsminister, der sich an vielen Stellen auch nicht unbedingt mit Ruhm bekleckert hat. Ich will nur ganz kurz den Kauf der Wischmopps anreißen oder darauf verweisen, dass dieser Mann leider auch für viele Impfverweigerer zum Kronzeugen geworden ist; nur durch Glück ist er an einem Bußgeld vorbeigekommen, weil er die Vorwahl-Umfragen, die er veröffentlichen wollte, nicht gescheit geprüft hatte und diese am Ende keine Vorwahl-Umfragen waren. Das aber nur vorweg zur Stimmung.

Wir haben in der Bevölkerung also eine deutliche Mehrheit, die Veränderung möchte und sich mit Zukunftsthemen beschäftigen möchte. Dem wird der Dringlichkeitsantrag der SPD nicht ganz gerecht; denn er stellt lediglich Einzelaspekte in den Vordergrund. Wir als FDP sind der Meinung, dass es um deutlich mehr gehen muss. Es muss um die Frage gehen, was für den Standort Bayern in Zukunft entscheidend ist. Was soll

Bayern eigentlich 2030 ausmachen? – Wir haben dazu schon ganzheitlichere Konzepte vorgelegt. Beim SPD-Dringlichkeitsantrag vermisse ich diese ganzheitliche Sichtweise. Es macht noch keine Vision, einfach wahllos Einzelaspekte zusammenzustellen.

Darüber hinaus wird es auch dem Gesamtanspruch nicht gerecht, nur den Punkt Soziales anzureißen und die Energiepolitik im ersten Punkt damit zu verbinden, dabei aber eigentlich nur Windkraft und Geothermie herauszugreifen. Wenn man die Zukunft wirklich ökologisch und ökonomisch gestalten möchte, dann muss man da deutlich mehr angehen; denn dadurch allein wird das Klimaziel Bayerns und werden auch die globalen Klimaziele nicht erreicht. Wir werden auch die ganzen Subventionen, die Sie in diesem Dringlichkeitsantrag fordern, haushalterisch langfristig nicht stemmen können.

In der Verkehrspolitik sind viele Punkte angesprochen. Sie sprechen E-Ladesäulen an. Warum sprechen Sie zum Beispiel nicht über Wasserstoff? – Auch das wird dem Ganzen eigentlich nicht gerecht. Wir brauchen an dieser Stelle eigentlich ein viel umfassenderes Mobilitätskonzept; auch hier haben wir als FDP bereits geliefert. Wir kritisieren diesen Dringlichkeitsantrag also nicht nur, sondern haben auch Gegenkonzepte vorgelegt.

Ich frage mich auch bei der Wohnungspolitik, wie man das alles finanzieren soll. Grundstücke sicherstellen heißt ja im Zweifel, der Staat soll kaufen. Ich will gar nicht so weit gehen, zu behaupten, dass Sie enteignen möchten, wobei Sie in der Partei Kollegen haben, die das schon gefordert haben. Und auch das Wohnungsbauprogramm in Bayern: Wie wollen Sie das alles finanzieren? – Wir als FDP sind der Meinung, man sollte stattdessen lieber Anreize für private Wohnungsbauprojekte setzen. Das heißt, der richtige Ansatz an dieser Stelle wäre, einfacheres, unbürokratischeres und damit auch kostengünstigeres Bauen zu ermöglichen. Das fehlt in diesem Dringlichkeitsantrag leider.

(Beifall bei der FDP)

Es fehlen noch weitere Punkte. Ich habe gerade die finanzielle Nachhaltigkeit angesprochen, die komplett fehlt. Sie wäre aber eigentlich ein wichtiges Zukunftsthema. Auch die Digitalisierung ist, gerade beim Aspekt der Bildung, den Sie angesprochen haben, vollkommen ausgespart. – Warum? Das wäre wichtig gewesen, ist aber mit keinem Wort erwähnt.

Auch die demografische Entwicklung ist ein zentrales Zukunftsthema. Wie gehen wir mit unserem Gesundheits- und Pflegesystem um? – Das wären soziale Fragen. Auch diese haben Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag nicht angesprochen. Deswegen muss man leider sagen – ich habe das wie einige Vorredner schon erwähnt –, dass der Dringlichkeitsantrag letzten Endes einem Sammelsurium ohne wirkliche Vision gleicht. Wir werden deswegen nicht zustimmen, sondern uns enthalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/18558 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen, bitte! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Bevor ich zum zweiten Dringlichkeitsantrag komme, gebe ich bekannt, dass zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/18573 sowie dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/18563 jeweils namentliche Abstimmung beantragt wurde.